

Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln am 24.02.2018

Antragstitel:

A15 - Die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung in Deutschland als verpflichtender Lehrplaninhalt im Geschichteunterricht an weiterführenden Schulen

Antragsteller:

SB Rodenkirchen

Weiterleitung an:

Landeskonferenz der
NRWJusos, Parteitag der
KölnSPD, Parteitag der
NRWSPD

1

2 Wir fordern die Implementierung der Geschichte der Arbeiter_innenbewegung in
3 Deutschland in die Geschichtelehrpläne von Hauptschulen, Real- und Gesamtschulen, sowie
4 Gymnasien. Ebenso soll dieser Lehrinhalt als verpflichtender Teil in allen Bundesländern
5 festgelegt werden.

6

7 Begründung:

8 Die Errungenschaften, die von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie innerhalb der
9 letzten knapp 200 Jahren erkämpft wurden, sind rahmengebend für den heutigen deutschen
10 Wohlfahrtsstaat und die rechtliche Handhabe der Arbeitswelt in Deutschland. Vieles ist direkt
11 im Grundgesetz verankert, wie zum Beispiel das Grundrecht auf gewerkschaftliche
12 Organisation als Lohnabhängige_r (Art. 9, Abs. 3, GG). In der breiten deutschen öffentlichen
13 Wahrnehmung ist ein Bewusstsein über diese Wissensinhalte kaum bis gar nicht existent.
14 Errungenschaften wie gesetzlicher Mindesturlaub, Ausbildungsvergütungen, oder die
15 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werden als selbstverständlich und gegeben angesehen. In
16 Anbetracht dessen, dass zukünftige Arbeitnehmer_innen heute eher ein unternehmerisches
17 Denken etablieren, was in den meisten Fällen später nichts mit ihrer eigenen Situation im
18 Arbeitsleben zu tun haben wird, sollte es die Pflicht des Staates sein, jungen Menschen ein
19 Bewusstsein für hart erkämpfte Errungenschaften der Arbeiter_innenbewegung zu
20 vermitteln. Der grundlegende Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital sollte eher im
21 Bewusstsein junger Menschen verankert sein, als ein notorisches Verständnisempfinden für
22 Rationalisierungsmaßnahmen von Arbeitgeber_innen. Dies bedeutet nicht, dass junge
23 Menschen im Rahmen des staatlichen Bildungsauftrages gegen die Arbeitgeberseite
24 grundsätzlich negativ eingestellt werden soll, sondern dass eine sachliche Sensibilisierung
25 grundlegender Inhalte der eigenen Geschichte und ein sozialpartnerschaftliches Miteinander
26 auf Augenhöhe als Grundpfeiler der deutschen Arbeitswelt in Sachen Mitbestimmung seitens
27 der Lehrkräfte vermittelt werden soll.